



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1902

135 (21.3.1902) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-95829](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-95829)

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

(Abendblatt.)

3 Seiten im Mittagsblatt und 3 im Abendblatt.

— Seemannsphil. Die Seelenste sind im Allgemeinen keine großen Freunde von der Feder. Ist auch in dieser Beziehung in unserer Zeitmannung anders geworden als in früheren Jahren, wo das Geistesbild noch eine dominierende Rolle spielte, so findet man auch jetzt doch noch selbst die wichtigsten Vorfälle in den Mittheilungen der Kapitäne vielfach eine beiseitegesetzte Knappheit. So berichtet beispielsweise der Karsen, dem „Kunst“, zufolge der Kapitän das in den östlichen Gewässern beschwärmten Nordamerikanischen Staubdampfers „Antina“ über folgenden Vorfall: „Um 7 Uhr Morgens legten wir fort, 8 Uhr 30 Minuten über Bord, Rettungsboote nachgemessen, Schiff gedreht, gepöpselt, Bunt weg, Mann gefesselt, Bunt geholt — 4½ „Minuten.“

Holländer, deren Textbuch von Georg Klontowski und Adolph Schaner verfaßt ist, und den Titel „Der Sonnenvogel“ führt, zur Aufführung eingebracht. — Die Operette „Der rothe Hahn“ von Viktor Holländer ist vom Theater mit der Wien (Wien) erworben worden.

Sitzung des Bürgerausschusses vom Freitag, 21. März.

Oberbürgermeister Wed. eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 68 Mitglieder.

Es entspringt sich zuerst eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob in diesem Jahre die Budgetberatung infolgedessen eine Veränderung erfahren soll, als auch die Budgets der einzelnen Ämter zur Beratung kommen sollen.

Oberbürgermeister Wed. glaubt, die Beratung der Einzelbudgets werde die Beratungen um eine Woche verlängern. Stv. B. Zula ist für die Beratung der Einzelbudgets und glaubt nicht, daß eine bedeutende Verlängerung der Debatten dadurch herbeigeführt werde. Stv. W. a. er kann aus der Beratung der Einzelbudgets keinen Vortheil erblicken. Bei der Beratung des Budgets der Stadtkasse kommen alle Einzelteile zum Ausdruck, sobald Gelegenheit geboten ist, alle Wünsche und Beschwerden vorzubringen. Es sei doch nicht angemessen, eine Versammlung von hundert Menschen und bis mehrere Tage in dem Bürgerausschussaal festzusetzen. Stv. B. Zula glaubt nicht, daß eine Verlängerung der Debatten herbeigeführt werde. Stv. B. Zula ist für die Beratung der Einzelbudgets. Er werde sonst bei jeder Position namentliche Abstimmung beantragen. (Chorisch) Stv. St. O. stimmt den Ausführungen des Stv. W. a. zu. Hiermit schließt die Debatte. Stv. B. Zula: Ich beantrage namentliche Abstimmung. Oberbürgermeister Wed.: Ueber einen Antrag zur Geschäftsordnung wird nicht namentlich abgestimmt. Es erfolgt hierauf die Abstimmung. Die Mehrheit ist für die Beibehaltung des jetzigen Abstimmungsmodus. Stv. B. Zula: Das Resultat ist zweifelhaft, ich beantrage daher namentliche Abstimmung. Oberbürgermeister Wed.: Ich lasse nochmals abstimmen. (Geschäft.) Die Mehrheit ist für den jetzigen Modus, das ist nicht zweifelhaft.

Hierauf wird in die

Spezialdebatte des Stadtkassenbudgets
eingetreten. Bei Paragr. 1. Von früheren Jahren, entspringt sich heftige Debatte. Bei Paragr. 2. Laufende Einnahmen, regt Stv. W. a. er an, dahin zu wirken, daß bei den Feuerversicherungs-gesellschaften für die Gebäude in der Stadt geringere Prämien gezahlt werden als für die Gebäude auf dem Lande, da in der Stadt die Feuergefahren und die Versicherungsbedingungen viel größer sind, als auf dem Lande. Redner fragt weiter an, ob bereits Schritte geschehen sind, um bei der Grundbuchordnung die finanziellen Interessen der Städte zu wahren. Ueber diese Frage sprechen noch Stv. B. Zula, Stv. W. a. er, der über ein sehr geringes Entgegenkommen in Karlsruhe klagt und Oberbürgermeister Wed., der erklärt, daß Schritte eingeleitet sind, damit die Städte ihre gemeinsamen Interessen in dieser Frage wahren.

Stv. B. Zula: Als Nahrungsmittel von dem Groß. Institut, Gebäude sind 5700 Mk. in den Etat eingestellt. Ich frage an, seit wann denn das Groß. Institut hinfällig ist. Er beantrage namentliche Abstimmung. Es müsse frucht gemacht werden gegen den Hochmuthsdünkel, der oberen Behörde, die sogenannten. Oberbürgermeister Wed. entgegnet, der Stv. B. Zula sei erst vor einigen Jahren zugewandert und könne deshalb vielleicht nicht wissen, daß das Gebäude schon vor vielen Jahren in das Eigentum der Stadt übergegangen sei. Was die Auserwählten des Volkes betreffe, von denen Stv. B. Zula spricht, so müsse er doch entgegen, daß diese Auserwählten des Volkes eine sehr große Summe von den aufzubringenden Einnahmen zu zahlen haben und zwar für Zwecke, an denen sie nicht das geringste Interesse und nicht den kleinsten Vortheil haben. Das Schulgeld an dem Groß. Institut sei übrigens so heuer, daß man nur wünschen könne, daß sehr viele solche Leute nach Mannheim kommen, denn dann hätten wir für die Schüler nicht zwei Millionen zu veranschlagen, sondern wir würden von denselben 10 Millionen Mark einnehmen. Die Stadt sei allerdings sehr leal in der Einräumung öffentlicher Vorteile. Mindestens 70 Personen helle die Stadt ihre Schulleute zur Verfügung und von diesen 70 Personen leben mindestens 65 Herrn Schulleute nahe. Wenn man den Wünschen des Herrn Schulleute Folge leisten würde, würden die meisten dieser Vereine heranziehen. Es würde sich aber hierüber mit Recht ein großer Lärm erheben und Lärm erheben.

Stv. B. Zula: Vor Allem möchte er sich wundern, daß der Oberbürgermeister über seine persönlichen Bedürfnisse spricht. Der Oberbürgermeister sei viel früher nach Mannheim zugewandert als er (Stv. B. Zula). Redner spricht dann weiter über die Verhältnisse des Groß. Instituts, auf die Oberbürgermeister Wed. erwidert.

Die Position wird hierauf genehmigt.

Stv. W. a. er bedauert, daß die Rechnungsabläufe der Stadt. Nachahm dieses Jahr, entgegen der früheren Übung, nicht vorliegen. Er befürchtet, daß die Abrechnungen bei dem Schlachthaus und Viehhof und beantragt als Abrechnung an die Stadtkasse mehr einzustellen: von der Viehhofkasse A 2280 und von der Schlachthauskasse A 19700. Stv. W. a. er ist gegen den Antrag aus dem schon gestern von ihm entwickelten Gründen. Stv. B. Zula ist für den Antrag zu rechtfertigen. Bürgermeister W. a. er: Gerade bei diesen zwei Positionen handele es sich um die prinzipielle Frage, ob die Abrechnungen die Priorität haben sollten vor der Verzinsung und Amortisation. Man konnte nach den Rechnungen und den heutigen Debatten glauben, daß wir in den Erneuerungsplan ein großes stilles Vermögen anlegen wollen. Dies trifft aber nicht zu für die finanziellen Verhältnisse, wie Gaswerk, Schlachthaus und Viehhof, Straßenbahn, Fahrverordnungen haben wir einen Erneuerungsplan von insgesamt 844 000 A, demgegenüber stehen die unangehörigen Kapitalien auf die einzelnen Betriebe 2 417 000 A, also ein Erneuerungsplan von circa 4 % für alle Anlagen. Stv. W. a. er ist der Ansicht des Stv. B. Zula, daß der Erneuerungsplan sei deshalb zu klein, weil die aus den Abrechnungen erzielten Summen immer wieder zu Neuanlagen verwendet. In der ziemlich lebhaften Debatte werden auch Vergleiche gezogen zwischen Mannheim und anderen deutschen Städten. Hierbei führt Bürgermeister W. a. er aus, wenn man das Frankfurter Budget heranzieht, so müsse er entgegen, daß der Oberbürgermeister und der Stadtrat sehr froh sein würden, wenn die in Frankfurt bei der Aufstellung des Budgets geltenden Grundsätze ohne Weiteres auf Mannheim übertragen würden. Man brauche dann gar keine weitere Debatte. Ein Vergleich mit Karlsruhe könne nicht gemacht werden, denn es sei leider Thatsache, daß gerade in den badischen Städten in den Gemeindebudgets nicht solche gearbeitet wird. Hiermit schließt die Debatte und es erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Vogel, nach welchem insgesamt Mk. 68,121 Nachlieferungen aus der Stadtkasse in die Schlachthaus- und Viehhofkassen gestrichen werden sollen. Die Abstimmung erfolgt namentlich. Das Resultat ist die Ablehnung des Antrags Vogel mit 43 gegen 88 Stimmen, dagegen wird der vom Stadtvorstandsvorstand gestellte Antrag, die Abrechnungen für die Viehhofkassen um Mk. 22,830 und für die Schlachthauskassen um Mk. 19,700 zu kürzen, angenommen.

Bei der Position betreffend die Einnahmen von der Straßenbahn stellt der Stv. B. Zula den Antrag, die Ausgabe für verlangte Nachlieferung um Mk. 37,901 zu kürzen.

Stv. W. a. er beantragt, diese Summe auf Mk. 81,054 festzusetzen und begründet diesen Antrag eingehend. Straßenbahndirektor B. Zula tritt mehreren Ausführungen über die Straßenbahn entgegen. Die Abrechnungen von 7 Proz. auf Motorwagen seien absolut nicht aus der Luft gegriffen, sondern seien festgestellt worden auf Grund der in anderen Städten gemachten Erfahrungen. Er weist nach, daß ein niedrigerer Prozentsatz als 7 Proz. nicht berechtigt ist. Stv. Vogel führt aus, bei den Abrechnungen handele es sich vielfach darum, daß die Wagen teilweise zu früh angeschafft worden sind und er halte die Behauptung aufrecht, daß ein Theil der Wagen hätte später bestellt werden können. Auf die Wagenkilometer ausgerechnet mache Mannheim größere Abschreibungen, als sie in anderen Städten erfolgen. Er bittet im Interesse

der Steuerzahler um Annahme seines Antrages. Stv. B. Zula ist gegen den Antrag Vogel und wird für den nachdrücklichsten Antrag stimmen. Die Abrechnung sei gerade bei den Straßenbahnwagen eine sehr bedeutende, jedoch ihre Lebensdauer keine allzulange sein werde und man in 4—5 Jahren froh sein dürfte, die Wagen zu erneuern in dem vom Stadtrat beschlossenen Umfang vorgenommen zu haben. Auch die Abrechnung einer sehr starken Abnutzung ausgeht. Stv. B. Zula: Wenn wir bei der Viehhof- und bei der Schlachthauskasse und dergleichen haben, in eine niedrigere Abschreibungsrate einzustimmen, aber bei der Straßenbahn sind wir aus den von Herrn Stv. B. Zula angeführten Gründen für die vom Stadtrat vorgeschlagene Abschreibungsrate. Stv. B. Zula vertheidigt die vom Stadtrat beschlossene Abschreibungsrate. Stv. B. Zula ist für den Antrag Vogel. Er spricht die Ansicht aus, daß in einigen Jahren, wenn das Straßenbahnnetz vollständig ausgebaut ist, die Straßenbahn nicht nur die Summe für die Amortisation und Zinsen anbringen, sondern auch noch einen Reingewinn für die Stadtkasse abwerfen werden. Es können dann später für die Abschreibungen mehr angegeben werden.

Die Faktion der Niederbeseitigten

erklärt, daß sie sich den Anträgen Vogel und Genossen vollständig anschließen, und stellt außerdem noch folgende Anträge:

A. Mehreinnahmen.

Als Ablieferung vom Gaswerk beantragen wir außer den schon beantragten 102 042 A noch weitere 88 000 A einzustellen. Wir sind der Ansicht, daß dieser Mehrgewinn sich ergibt, weil eine gleich hohe Summe nach unseren Informationen durch verschiedene Mißgriffe und Unzulänglichkeiten, die sich wohl nicht mehr ereignen dürften, in Verlust gerathen ist.

B. Weniger Ausgaben.

Wir beantragen zu streichen: 1. St. 31 § 20. Beitrag zum Pensionsverein A 10 000.— 2. St. 36 § 26. Erhöhung des Gehalts des Stadtkassierers A 1 550.— 3. St. 62 § 20. Regimentsjubiläum A 6 700.— 4. St. 62 § 35. Feste und Feierlichkeiten noch A 11 500.—, so daß für diese Position nur die Summe von A 12 000 eingesetzt wird, wie in den Vorjahren.

C. Mehrausgaben.

Wir beantragen als Beitrag für die Ferienkolonnen halt A 2500 einzusetzen A 30 000.— und als Beitrag für das Arbeiterrefektorium A 500.—.

Zur Volksschule

stellen wir folgende Anträge: a) Aufhebung aller Kombinationen und Festlegung der zulässigen Höchstzahl der Schüler auf 40 Köpfe pro Klasse. b) Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der ersten und zweiten Klasse der Volksschule. c) Die unentgeltliche Verabreichung von warmem Breihsuppe soll mit Beginn des Wintersemesters beginnen und erst mit dessen Schluß enden und jeweils beim Schulanfang Morgens erfolgen. d) Einführung des Instituts der Schularzte.

Die Faktion der Niederbeseitigten

Stimmen aus dem Publikum.

Die Dalbergstraße, das Schmerzenskind sämtlicher Anwohner, befindet sich seit Jahren in einem Zustande, der zu wohlbedachten Klagen Veranlassung gibt. Die Dalbergstraße und das Trottoir lassen Vieles zu wünschen übrig, was bereits dadurch anerkannt wurde, daß der Vertreter für Fahrwerke von der Ringstraße, durch die Dalbergstraße bei Straß 1 verboten ist. Das Sanphtinder für diese so sehr verkehrreiche Straße bildet jedoch das von der Stadtgemeinde vor ca. 3 Jahren zum Abbruch angekauft, frühere Berger'sche Wohnhaus, Dalberg- und Bertrichsstraße. Die Anwohner der Dalbergstraße finden sich, im Vergleich mit den Verbesserungen anderer Straßen in der großen Handelsmetropole Mannheim, sehr zurückgefallen, um so mehr, da eine f. St. eingereichte Eingabe derselben, an verehrlichen Stadtrat um Abhilfe, bis heute ohne Erfolg blieb. Von den von der Stadtgemeinde vor ca. 3 Jahren zum Abbruch angekauften 2 Häusern in der Dalbergstraße ist das eine bereits abgerissen, während das anstehende frühere Berger'sche Wohnhaus heute noch steht. Dasselbe befindet sich, sammt der darin befindlichen Wirtschaft, die jetzt wieder auf eine neue Vertheilung sein soll, in einem ganz banfälligen Zustand und entspricht namentlich die Wirtschaft in keiner Weise den jetzigen politischen Erfordernissen. Hier ist sofortige Abhilfe dringend nötig. Wenn heute der alte Dalberg noch lebte, würde er sagen: „Alte Dame für eine solche Ehrung.“ Ist denn von den Herren Stadtvorstandsvorstand, der diese Angelegenheit bei den letzten Bürgerausschuss-Sitzungen zur Sprache bringt? Oder ist es vielleicht unbedingt notwendig, daß das minimale Entgelt dieses total banfälligen Hauses und der Wirtschaft, zur Deduktion der Zinsen für unsere billige (1) Festhalle mit verwendet werden muß? Man sollte doch meinen, die geringen Abbruchkosten und die Instandsetzung der Straße könnten bei einem so sehr überaus großen Verkehrshinderniß nicht in Betracht kommen!

Neueste Nachrichten und Telegramme. Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.

* Frankfurt, 21. März. Wegen Zusammenrottungen von Arbeitlosen Anfangs Januar wurden heute vom Schöffengericht 12 Personen zu Gefängnisstrafen von 5 Tagen bis 6 Wochen verurtheilt.

* Stuttgart, 21. März. Der bayerische Ministerpräsident, Graf Crailsheim, trifft heute Nachmittag hier ein. Abends findet zu seinen Ehren ein Essen im Wilhelmshaus statt. Am Sonntag reist Graf Crailsheim nach München zurück.

* Straßburg, 21. März. Gestern Abend 10 Uhr wurden auf dem hiesigen Postamt, das im Bahnhofsgelände untergebracht ist, zwei Postbriefkäse mit 36 000 Mark Inhalt gestohlen. Vom Thäter hat man noch keine Spur.

* Berlin, 21. März. Das Abgeordnetenhaus verlagte sich heute bis zum 9. April.

* Göttingen, 21. März. Der Kronprinz ist kurz nach 12½ Uhr hier eingetroffen.

* London, 21. März. Die „Times“ theilt mit, gestern erhalten, bezuhsunrichtete hiesige Kreise ein Telegramm aus Teheran, demzufolge Persien und Rußland ein Abkommen abgeschlossen haben, wonach Persien ein neues Darlehen von 10 Millionen Rubel erhalte und Rußland die Baukonzession für eine neue Straße Teheran.

* Washington, 20. März. Das Ackerbaudepartement steht im Begriff, eine Liste von Einfuhrarten aufzustellen, in denen man das Vorhandensein von Borfäure und anderen Säuren annimmt. Dieses ist der erste Schritt zu Repressalien gegen das deutsche Einfuhrverbot für Fleisch, welches Borfäure enthält.

Das Eisenbahnunglück bei Altdorf.

* Paderborn, 21. März. Unter großem Andrang des Publikums begann heute vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung über das Eisenbahnunglück bei Altdorf. Im Auftrag des Reichseisenbahnministers wohnte Geh. Reg.-Rath Wison den Verhandlungen bei, im Auftrag des Ministers der öffentlichen Arbeiten Geheimrath Schömann.

Zum englisch-japanischen Abkommen.

* Paris, 21. März. Der Londoner Korrespondent des „Matin“ hatte mit dem japanischen Gesandten eine Unterredung, in der dieser über die französisch-russische Erklärung gesagt haben soll: Dieses Schriftstück lehrt uns nichts Neues. Es wiederholt nur, was wir schon seit Langem wußten. Wir sind gegenwärtig in der Lage, die Meerenge von Korea zu sperren, und wenn wir wollen, zu verhindern, daß russische Schiffe von Vladivostok nach Port Arthur gelangen. Wir wünschen deshalb, daß an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nichts geändert wird. Wenn aber z. B. Rußland den koreanischen Hafen Keisho, auf den es schon seit Langem ein Auge geworfen hat, besetzt, dann würde diese Besetzung eine schwere Beunruhigung sein. Japan wünscht nur seine Industrie und seinen Handel entwickeln zu können; es wünscht nur Frieden in Ostasien, sowie alle Streitfälle und Mißverständnisse hintanzuhalten. Das ist auch der Zweck der englisch-japanischen Allianz.

Zur russisch-französischen Note.

* London, 21. März. Die „Morning Post“ erzählt, in Paris verlautete, die französisch-russische Erklärung sei nur die Außenseite einer neuerlich abgeschlossenen Verständigung, in der Rußland sich erstmalig bestimmt verpflichtete, als Gegenleistung für die Unterstützung Frankreichs in Ostasien Frankreich anderwärts bei gewissen Eventualitäten zu unterstützen.

Badischer Landtag.

55. Sitzung der Zweiten Kammer. B.N. Karlsruhe, 21. März.

Präsident Gönner eröffnet 1½10 Uhr die Sitzung. Spezialberatung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Bei Titel Oberaufsicht führt Abg. Rist aus, daß diese Ämter kommunal blieben und nicht wie das Reich plane, verstaatlicht würden; demselben Wunsch schließt sich Abg. Fehrenbach an; Seitens der Regierung wird eine Prüfung zugesagt, doch festgestellt, daß grundsätzlich gegen eine Verstaatlichung nichts einzuwenden sei.

Abg. Eichhorn befürwortet einen weiteren Ausbau der Fabrikinspektion und bemängelt den jetzigen künftigen Jahresbericht, an dessen Stelle der frühere wieder zu setzen sei. Das Personal müsse vermehrt werden und zwar sollten zur Mitarbeit praktische Arbeiter herangezogen werden. Damit würde auch eine gesunde Revision durchgeführt werden können.

Minister Schenkel erklärt, daß doppelte Berichte nicht möglich seien, dafür erschienen Sonderberichte. In der Revision dürfe man nicht schablonisieren, sondern müsse man individualisieren. Die besten Revisoren seien die Arbeiter selbst. Eine Vermehrung der Beamten im Inspektorat sei vorgesehen, doch halte er den Zuzug aus Arbeiterkreisen nicht für zweckmäßig.

Abg. Eichhorn tritt nochmals für Verwendung von praktischen Arbeitern als Hilfsinspektoren ein.

Abg. Wildens (nat.) erklärt sich Namens seiner Faktion mit den Ausführungen des Ministers einverstanden und befürwortet die Anregung des Ministers auf Herausgabe eines Gesamtberichts der Thätigkeit der Fabrikinspektion.

Der Antrag der Kommission, dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Mannheim eine entsprechende Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen, wird angenommen.

Abg. Eichhorn bemängelt die einseitige Haltung dieses Vorstehers, der sich öfter recht als Agent der Berufsgegenwart geriere. Auch in der Bestellung der Vertrauensärzte sei derselbe wenig objektiv.

Minister Schenkel vertheidigt den Beamten und hält es nicht für angebracht, abwesende Beamte hier zu kritisieren.

Abg. Wacker wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese Auffassung des Ministers, die Kammer habe wohl das Recht, Ausstellungen über Beamte zu machen.

Minister Schenkel erklärt, daß die Kammer nicht ein Disziplinarhof für richterliche Beamte sei.

Abg. Dreßbach befürwortet die Bestellung eines zweiten Beamten in Mannheim, demgegenüber Minister Schenkel erklärt, daß mit einer Aushilfskraft die Arbeit noch bewältigt werden könne.

Abg. Wacker beantragt für die Kammer das Recht, Beschwerden über Beamte hier vorzubringen, er werde denselben kein Anwaltsdienste leisten.

Nach längeren weiteren Debatten wird der Kommissionsantrag angenommen.

Abg. Fehrenbach begründet in Kürze die ablehnende Haltung der Mehrheit der Kommission auf Forderung der vorgeschlagenen Verringerung der Amtsvorstände in den größeren Städten. Auch hier sollte man warten, bis zur allgemeinen Revision des Gehaltstaxtarifs.

Abg. Wildens (nat.) vertritt Namens seiner Faktion den Standpunkt der Regierung auf Verringerung der Amtsvorstände und tritt nochmals für Dienstzulagen ein. Der Minister bedauert gleichfalls den ablehnenden Beschluß, der schließlich gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen wird.

Abg. Pfeiffer befürwortet einen Umbau des Amtsgebäudes in Emmendingen, dessen Prüfung regierungsfällig zugesagt wird.

Abg. Obkircher bepricht die Verhältnisse der Schulleute in den größeren Städten; die Zahl derselben sei zu klein, das Mindestmaß auf 2000 Einwohner 3 Schulleute, sollte eingehalten werden. Redner befürwortet ferner eine Trennung der Criminalschulleute von der Ordispolizei.

Die Kommissionsanträge werden angenommen, wobei dem Gehaltstaxtarif verlesen wird, daß solche Wünsche nur Erfüllung finden könnten, wenn die Regierung die Gesamtrevision des Gehaltstaxtarifs dem Landtag vorlege, wobei zu hoffen sei, daß dies auf dem nächsten Landtag geschehe. Es wird hierauf die Sitzung um 1 Uhr abgebrochen. Fortsetzung Donnerstag 4 Uhr.

Volkswirtschaft.

Verein deutscher Eisenhütten. In der letzten Sitzung des Ausschusses bildete einen Theil der Verhandlungen nach der „Allg. Ztg.“ die Besprechung der augenblicklichen geschäftlichen Lage. In Zusammenhang damit wurden auch die gegenwärtig von den Stahlwerken geordneten Preise für Rohlen und Koks in Erwägung gezogen. Allgemein war man der Ansicht, daß besonders die Forderungen des Rohlenindustries zu hoch seien, und daß die Interessenten mit allen Mitteln auf deren Ermäßigung hinarbeiten müßten. Zu diesen Mitteln würde zunächst die größte Zurückhaltung beim Abkühlen neuer Aufkäufe zu rechnen sein. Des fernern kam auch ein Unterschied in der Abkühlung der Verarbeitungsbedingung des Rohlen- und Koksindustries zur Sprache, wobei hervorgehoben wurde, daß das Rohlenindustriell sich selbst in allen möglichen Fällen selbst, den Abnehmer aber unter allen Umständen an seine Rohlenverpflichtung fesselt, ohne Rücksicht darauf, ob er an einer einmaligen Rohlenabnahme schuld ist oder nicht. Der Verein empfiehlt daher seinen Mitgliedern, auf neue Abkühlung mit den verbleibenden Stahlwerken und Stahlern nur unter ausdrücklicher Bezeichnung völliger Gegenseitigkeit einzugehen.

Zahlungseinstellungen. Zum Kontore der Schloßbrauerei in und bei Berlin wird am Sonntag, 19. d. M., geschrieben: Die Vertheilung des H. U. A. Andenken hatte im Abkühlung 1900 ihre Jubiläum

Der Vereinbildung bedingt nur Mk. 3 pro Jahr.

Verein für Geflügelzucht Mannheim.

Anmelbescheine nebst Anstellungs-Bedingungen für Geflügel zur Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, welche vom 5.—10. Juni d. J. zu Mannheim abgehalten wird, sind unentgeltlich bei Herrn **Friedrich Hoffmeister**, Luisenring 81, zu erhalten.

Einzelne Anmeldebögen ersuchen in München — Post-Direktion und Station Kriegen — oder an die Central-Landesstelle in Karlsruhe, Sophienstraße 25, eingesandt werden.

Eingangs-Geld an Geld, die gleichwohl recht erwünscht sind, wollen an unsere Vereinskasse in Karlsruhe, Sophienstr. 25, günstig abgeführt werden.

Karlsruhe im Oktober 1901.
Der Präsident des Landesvereins
für Arbeiterkolonien
im Wackerbarth-Haus.

Unsere

Modellhutaussstellung

ist eröffnet und laden zu deren Besuch höflichst ein.

Damen- u. Mädchenhüte, chic garnirt,	2-5 M.
Damen-Hüte nach Pariser Modellen	8-20 M.
Damen-Hüte von nur Pariser Zuthaten	10-30 M.
Pariser Modelle von hervorragenden ersten Modistinnen	30-100 M.

Ueber 1000 fertige Hüte am Lager.

Baby- und Kinderhüte.

Modistinnen erhalten Vorzugspreise.

M. Hirschland & Co.

P 3, 1, gegenüber der Hauptpost.

Kaufhaus Merkur.

Telephon No. 3.

Brennabor

Der Grosse Preis von Deutschland
Grand Prix de la République, Meisterschaft von Europa
und andere grosse Rennen wurden im letzten Jahre
auf „Brennabor“ gewonnen.

Brennabor ist das Ideal aller Radler!

Alleinvertretung für Mannheim, Ludwigshafen, Hassloch und Umgegend:

Jean Rief, Mechaniker, L 2, 9.

Reparaturen aller Systeme prompt und billigst.



Zur
Confirmation

betragt mein reichhaltiges Lager in
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
bei billigsten Preisen und weitgehendster
Garantie in empfehlender Erinnerung.

Sali Strauss,

F 2, I, Marktstrasse, F 2, I,
Uhrmacher u. Juwelier.

Die Holländischen
Torfbrikettes
sind die besten.
100 Stuck bei 10's Quant 1 Mk.
Gliemann & Lohnes,
Mannheim, Hauptstrasse 14

Mieth-Verträge

empfehlen
Dr. H. Haas'sche Druckerei, G. m. b. H., E 6, 2.

Leo Meller, Ludwigshafen a/Rh.

Buffet- und Eisschrankfabrik.

Abtheilung I.

Eisschränke in allen Grössen zu
Fabrikpreisen.

Filialen: Mannheim, G 5 Nr. 20.
Ludwigshafen a/Rh., Kaiser Wilhelmstr. 19.

Mundwasser in Pulverform



Preis: Mk. 1 per Schachtel

Von Autoritäten anerkannt
Das beste Mundwasser.

Hergestellt in Simon's Apotheke Berlin. — Zu haben in allen einschlägigen besseren Geschäften.
Carminol-Gesellschaft m. b. H., Berlin C. 2.